

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 17.Juni 2026

Serpil Midyatli

Mehr Zusammenhalt, weniger Spaltung

TOP 23: 14-Punkte für eine soziale Stadtentwicklung: Mehr Zusammenhalt, weniger Spaltung (Drs. 20/4219)

Wir werden wir in Schleswig-Holstein wohnen? Wie kann Mobilität aussehen, um Wohnen, Arbeit und Freizeit effizienter und nachhaltiger zu verbinden? Wie kann Gemeinschaft gestärkt werden und Unterstützung bei denen ankommen, die sie brauchen? Wie können Räume flexibel und attraktiv genutzt werden?

Das alles sind wichtige Zukunftsfragen. Fragen, mit denen sich nicht nur meine Fraktion beschäftigt, sondern zum Beispiel auch die Studie „Wohnwelten 2042“ der Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein.

Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft zusammenleben wollen.

Wie sicher Menschen ihren Alltag erleben. Wie sie von A nach B kommen. Ob Kinder gute Bildungsangebote vorfinden. Ob ältere Menschen selbstbestimmt leben können. Ob Integration gelingt.

Ob es genügend Grünflächen und Orte zur Erholung gibt.

Und es geht darum, wie wir die großen Veränderungen unserer Zeit gestalten: die Energiewende, die Digitalisierung und die demografische Entwicklung.

All diese Fragen entscheiden sich ganz konkret vor Ort – in unseren Städten und Quartieren.

Ja, die Lage ist komplex. Lassen Sie uns über Lösungen sprechen. Dafür bringen. Wir heute 14 Punkte ein. Die sind sicherlich nicht erschöpfend. Aber sie sollen eine wichtige Debatte anstoßen.

in unseren Städten leben viele Menschen auf engem Raum zusammen. Aber wo viele Menschen dicht zusammenleben, entstehen auch Spannungen.

Die Ursachen sind vielfältig:

Armut, Bildungsungleichheit, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Verwahrlosung, fehlende soziale Infrastruktur, mangelnde Prävention und fehlende Teilhabe.

Und genau deshalb dürfen wir diese Probleme nicht isoliert betrachten. Wer Sicherheit stärken will, muss auch soziale Sicherheit stärken.

Wer lebenswerte Städte will, muss in Menschen investieren.

Gerade die Innenstädte sind nach wie vor zentrale Lebensräume. Im Idealfall Orte der Begegnung.

Orte, die für ein soziales und lebendiges Miteinander stehen. Für die Menschen, die in den Städten leben, aber auch für die Menschen, die aus dem Umland in die Städte kommen.

Zwei Aspekte will ich aufgreifen:

Zum einen sind unsere Städte immer noch das Zuhause für den ganz großen Teil der Bürgerinnen und Bürger. Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Schlüsselfrage. Deshalb brauchen wir eine Offensive:

- Förderprogramme so ausrichten, dass da, wo heute Leerstand ist, künftig Wohnraum, Pflege- und Gesundheitsangebote entstehen,
- mehr Möglichkeiten durch eine entsprechende Bodenpolitik, Zweckentfremdungsverbote oder kommunale Vorkaufsrechte,
- konsequente Anwendung des Wohnraumschutzgesetzes und Vorgehen gegen unzulässige Ferienvermietungen,
- und natürlich muss mehr gebaut werden – von Investoren, Genossenschaften, kommunal und vom Land selbst.

Zweitens: Für alle, die in den Städten wohnen und arbeiten, aber auch für alle, die darüber hinaus Zeit in den Städten verbringen wollen, sind „Dritte Orte“ wichtige Begegnungspunkte. Und Menschen brauchen Orte, an denen sie sich begegnen können. Orte ohne Konsumzwang.

Orte, an denen man sich trifft, Sport macht, Kultur erlebt oder einfach zusammenkommt, die „Dritten Orte“.

Im Grunde geht es um etwas ganz Einfaches:

Wo können Menschen miteinander ins Gespräch kommen?

Warum stehen Räume leer während Vereine welche suchen?

Wir müssen umdenken. Mehr ermöglichen. Weniger blockieren.

Deshalb sollten wir die Erfahrungen nutzen, die dort bereits gesammelt werden. Kiel ist beispielsweise eine Smart City.

Viele andere Städte erproben neue Wege und entwickeln innovative Lösungen. Nutzen wir dieses Wissen.

Davon können wir lernen. Und dieses Wissen sollten wir stärker für die Entwicklung unseres ganzen Landes nutzen.

Und ja, dazu gehört auch die Debatte über die kommunalen Finanzen. Die Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Und besonders hart trifft es die Städte.

In den Kommunen steigen die Sozialausgaben seit Jahren.

Die Herausforderungen werden größer.

Die Spielräume werden kleiner.

Aber es geht um viel. Wer heute durch unsere Städte geht, der sieht, was auf dem Spiel steht: Familien, die verzweifelt nach einer bezahlbaren Wohnung suchen. Ältere Menschen, die sich fragen, ob sie weiterhin in ihrem Quartier leben können. Jugendliche, die Räume vermissen, in denen sie sich treffen können. Und hier ist nicht die Bushaltestelle gemeint.

Und weil das nicht das Ende, sondern der Beginn einer Debatte sein soll, beantragen wir die Überweisung in den Innen- und Sozialausschuss.